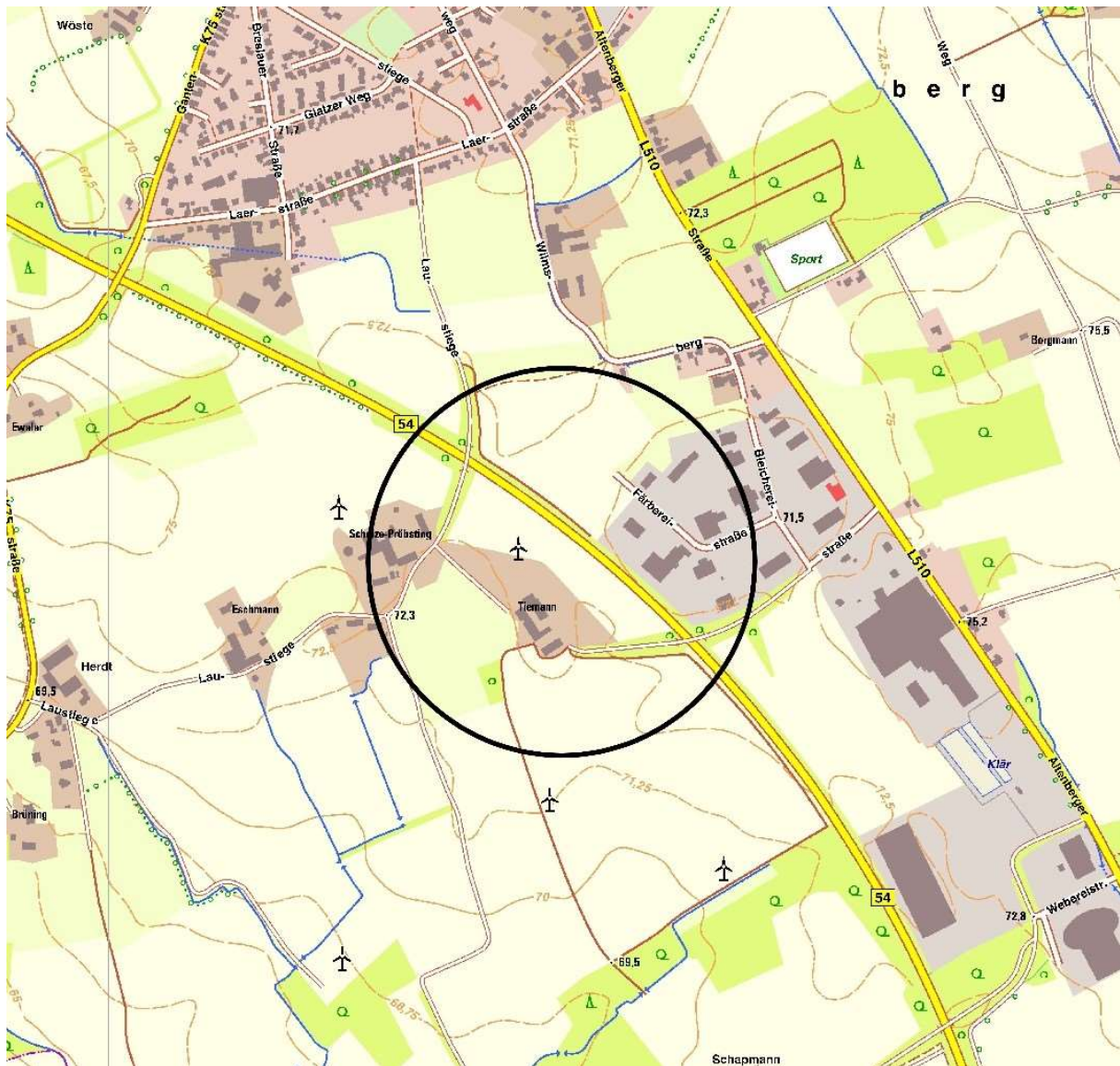


Bebauungsplan Nr. 78 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Wilmsberg / B 54“ Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst

Begründung



Stand: Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| 1. Planungsanlass | 2 |
| 2. Räumlicher Geltungsbereich | 2 |
| 3. Einordnung in übergeordnete Planungen | 2 |
| 3.1 Regionalplanung und Landesplanung | 2 |
| 3.2 Flächennutzungsplan | 3 |
| 4. Derzeitige und angrenzende Nutzungen sowie Planungsvorgaben | 3 |
| 4.1 Derzeitige Nutzung | 3 |
| 4.2 Angrenzende Nutzungen | 3 |
| 4.3 Planvorgaben | 3 |
| 5. Planfestsetzungen | 4 |
| 5.1 Art der baulichen Nutzung | 4 |
| 5.2 Maß der baulichen Nutzung | 4 |
| 5.3 Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche | 4 |
| 5.4 Gestalterische Festsetzungen | 4 |
| 6. Verkehrliche Erschließung | 4 |
| 7. Ver- und Entsorgung | 5 |
| 7.1 Entwässerung | 5 |
| 7.2 Wasserversorgung | 5 |
| 7.3 Strom- und Gasversorgung, Telefon | 5 |
| 8. Soziale Infrastruktur, Gesundheitseinrichtungen | 5 |
| 9. Immissionsschutz | 6 |
| 10. Flächen mit Bodenbelastungen | 6 |
| 11. Bodenschutz | 6 |
| 12. Kampfmittel | 7 |
| 13. Klimaschutz | 7 |
| 14. Belange des Umwelt- und Naturschutzes | 8 |
| 14.1 Eingriffsregelungen | 8 |
| 14.2 FFH-Verträglichkeit | 9 |
| 14.3 Umweltverträglichkeit | 9 |
| 15. Denkmalschutz | 11 |
| 16. Bodenordnung | 11 |
| 17. Verfahren | 11 |
| Datum / Unterschrift | 12 |
| Anlagen: | 12 |

1. Planungsanlass

In letzter Zeit ist festzustellen, dass es eine erhöhte Nachfrage nach Flächen gibt, auf denen Freiflächen-Photovoltaikanlagen errichtet werden können. Hierfür bieten sich Flächen an, auf denen bereits ein gewisser Störungsgrad vorhanden ist. Diese sind beispielsweise Flächen in einem ca. 100 m breiten Streifen entlang von Hauptverkehrswegen (*Eisenbahnstrecken, Bundesstraßen*). Auch kommen Flächen auf Erdwällen (*Aufschüttungen*) oder ehemaligen Deponien in Frage.

Im Bereich des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. 78 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Wilmsberg / B 54“ ist ein ca. 6,50 m hoher Lärmschutzwall entlang der B 54 vorhanden. Somit erfüllt die Fläche den Tatbestand einer vorbelasteten und durch die Landwirtschaft nicht mehr, bzw. nicht mehr wirtschaftlich nutzbaren Fläche. Die Kreisstadt Steinfurt ist durchaus bestrebt, entsprechende Flächen zur alternativen Energiegewinnung zu entwickeln.

Mit Datum vom 11.03.2020 hat der Eigentümer dieser Fläche einen Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage gestellt. Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat sich daher in seiner Sitzung am 27.08.2020 damit befasst, die erforderlichen Planverfahren einzuleiten und durchzuführen. Die erforderliche 82. FNP-Änderung bildet die planungsrechtliche Grundlage für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 78 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Wilmsberg / B 54“. Beide Planverfahren sollen möglichst parallel durchgeführt werden. Ziel dieses Verfahrens ist es, Flächen für regenerative Energien ausweisen zu können.

2. Räumlicher Geltungsbereich

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 78 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Wilmsberg / B 54“ umfasst Teilflächen der Grundstücke Gemarkung Borghorst, Flur 46, Flurstücke 262 – 265.

Der Änderungsbereich hat eine Größe von ca. 3.200 m².

3. Einordnung in übergeordnete Planungen

3.1 Regionalplanung und Landesplanung

Der seit dem 27.06.2014 wirksame Regionalplan Münsterland stellt für das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 78 als einen „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich“ (AFAB) und „Windenergiebereich“ dar.

3.2 Flächennutzungsplan

Im wirksamen Flächennutzungsplan der Kreisstadt Steinfurt ist der Planbereich als „Fläche für die Landwirtschaft“ und als „Eignungsbereich für erneuerbare Energien / Windenergieanlagen“ dargestellt.

4. Derzeitige und angrenzende Nutzungen sowie Planungsvorgaben

4.1 Derzeitige Nutzung

Der Geltungsbereich des künftigen Bebauungsplanes stellt sich aktuell als der südwestliche Hang eines ca. 6,50 m hohen Lärmschutzwalles entlang der Bundesstraße 54 dar. Es sind eine Graseinsaat und vereinzelte Gehölzanpflanzungen vorhanden.

4.2 Angrenzende Nutzungen

Nordöstlich angrenzend verläuft die B 54 und daran angrenzend entwickeln sich die gewerblichen Bauflächen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 64 „Wilmsberg-Nord“.

Ansonsten ist der Planbereich allseitig von landwirtschaftlich genutzten Flächen umgeben.

4.3 Planvorgaben

Besondere naturräumliche Gegebenheiten und besondere Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege liegen für den Planbereich nicht vor.

Sonstige für den Planbereich zu beachtende Planungsvorgaben gibt es nicht.

Ein gültiger Landschaftsplan, bzw. ein entsprechender Entwurf wurde bislang von der zuständigen Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Steinfurt für diesen Bereich nicht aufgestellt.

Ebenso werden keine Wasserschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete etc. durch die Planaufstellung berührt.

5. Planfestsetzungen

5.1 Art der baulichen Nutzung

Für den Planbereich ist die Festsetzungen als „Sondergebiet / Zweckbestimmung Freiflächen-Photovoltaikanlagen“ (SO) gem. § 11 (2) BauNVO vorgesehen.

5.2 Maß der baulichen Nutzung

Eine Festsetzung des Maßes der baulichen Nutzung erfolgt auf Grund der hier geplanten besonderen Nutzungsart nicht.

5.3 Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche

Es erfolgt die Festsetzung der offenen Bauweise gem. § 22 (2) BauNVO. Durch eine textliche Festsetzung ist eine „angepasste Modulbauweise“ mit Abständen untereinander festgesetzt.

Baugrenzen hingegen werden auf Grund der hier geplanten besonderen Nutzungsart nicht festgesetzt.

Im Bereich des verrohrten Wasserlaufes WL 1520 wird durch eine Rückbauverpflichtung im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens sichergestellt, dass im Falle von erforderlichen Tiefbauarbeiten am Kanalrohr die betreffenden Solarpaneele im erforderlichen Umfang durch den Betreiber der Anlage für den Zeitraum der Arbeiten auf dessen Kosten demontiert werden. Dieses Vorgehen ist mit der Unteren Wasserbehörde des Kreises Steinfurt abgestimmt.

5.4 Gestalterische Festsetzungen

Als gestalterische Festsetzungen werden eine Einfriedung der geplanten Freiflächen-Photovoltaikanlage mit einem umlaufende 2,00 m hohen Stabgitterzaun, der im Bereich von 0,20 m über dem Erdboden für Kleintiere durchlässig sein muss, eine Einsaat mit ausgewähltem Saatgut zur Habitataufwertung und Gehölzanpflanzungen im Randbereich festgesetzt.

6. Verkehrliche Erschließung

Die Erschließung des Plangebietes erfolgt über die bereits vorhandenen Wirtschaftswege im Außenbereich des Stadtteiles Borghorst, die auch zur Erschließung der angrenzenden Hofstelle Wilmsberg 51 dienen.

Eine Unterscheidung nach Individualverkehr und öffentlichem Personennahverkehr ist auf Grund der geplanten besonderen Nutzung nicht erforderlich.

7. Ver- und Entsorgung

7.1 Entwässerung

Der Planbereich ist nicht an ein bauliches Entwässerungssystem angeschlossen. Das anfallende Regenwasser versickert vor Ort oder wird durch die vorhandenen Mulden und Gräben aufgenommen.

Ungefähr in der Planmitte quert der verrohrte Wasserlauf WL 1520 das Plangebiet. Die Rohrleitung wird nachrichtlich im Plan dargestellt.

Schmutzwasser fällt im Planbereich nicht an.

7.2 Wasserversorgung

Ein Anschluss des Plangebietes an die Trinkwasserversorgung ist auf Grund der geplanten besonderen Nutzung nicht erforderlich.

Das für die Löschwasserversorgung notwendige Wasser wird gem. DVGW-Arbeitsblatt über die Löschwasserversorgung der Hofstelle Wilmsberg 51 sichergestellt.

7.3 Strom- und Gasversorgung, Telefon

Anschlüsse an das Gas- und Telefonnetz sind zur Versorgung des Planbereiches nicht erforderlich.

Nordwestlich angrenzend an das Plangebiet verlaufen Leitungen der Telekom GmbH, die jedoch durch die Planung nicht betroffen sind.

Die Stadtwerke Steinfurt haben die Einspeisemöglichkeit des durch die Freiflächen-Photovoltaikanlage erzeugten Stromes über die vorhandene, kundeneigene Trafostation „WKA Tiemann“ außerhalb des Plangebietes bestätigt.

8. Soziale Infrastruktur, Gesundheitseinrichtungen

Soziale Infrastruktureinrichtungen und Gesundheitseinrichtungen sind für das Plangebiet auf Grund der besonderen Nutzung nicht von Belang.

9. Immissionsschutz

Der Immissionsschutz ist weder in Bezug auf Schall- noch auf Geruchsimmissionen zu beachten.

Das Gutachterbüro enveco GmbH, Münster, hat zu möglichen Auswirkungen durch Blendwirkungen im Umweltbericht Stellung genommen. Demnach sind Immissionsorte, die sich weiter als 100 m von einer Photovoltaikanlage entfernt befinden, nur durch kurzzeitige Blendwirkungen betroffen. Im hier vorliegenden Fall liegt lediglich das Wohnhaus des Antragstellers selbst in einer Entfernung von weniger als 100 m zur geplanten Anlage. Hier liegen aber auch keine Wohnräume in Richtung der geplanten Photovoltaikanlage. Zwischen den jeweiligen Wohnhäusern und der Photovoltaikanlage befinden sich Grünstrukturen, die eine Störung fast gänzlich ausschließen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass durch heutige moderne Anlagen aufgrund von angepassten Oberflächen deutlich reduzierte Blendwirkungen entstehen. Es kommen Antireflexionsschichten und spezielle Frontgläser zum Einsatz, welche die Absorption der Sonnenstrahlen verstärkt und die Reflexion vermindert. Eine vollständige Verhinderung von Reflexionen lässt sich jedoch nicht erreichen.

Entsprechend werden auch keine Konflikte zwischen der geplanten Nutzung und den angrenzenden Nutzungen entstehen.

10. Flächen mit Bodenbelastungen

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 78 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Wilmsberg / B 54“ ist im „Kataster über altlastverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen“ des Umweltamtes des Kreises Steinfurt nicht als Fläche oder Altstandort mit Altablagerungen gekennzeichnet.

Bodenbelastungen sind auch nach hiesiger Kenntnis nicht zu erwarten.

11. Bodenschutz

Gemäß § 4 (2) Landesbodenschutzgesetz (*LBodSchG*) ist bei der Aufstellung oder Änderung von Bauleitplänen vor Inanspruchnahme von nicht versiegelten, nicht baulich veränderten oder unbebauten Flächen insbesondere zu prüfen, ob vorrangig eine Wiedernutzung von bereits versiegelten, sanierten, baulich veränderten oder bebauten Flächen möglich ist.

Bei dem Planbereich handelt es sich um eine zwar unversiegelte Fläche, welche sich aber als aufgeschütteter Lärmschutzwall darstellt.

Eine weitere Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich erfolgt nicht. Es besteht auf Grund der vorbelasteten Lage im Nahbereich der B 54 keine Alternative zum geplanten Standort der hier vorgesehenen Bebauung. Damit entspricht die Planung dem Grundsatz des § 4 (2) LBodSchG.

12. Kampfmittel

Mögliche Kampfmittleinwirkungen sind nicht bekannt und können auch prinzipiell ausgeschlossen werden. Von Kampfmittelresten oder -vorkommen ist auch nicht auszugehen, da es sich um ein unbebautes, mit einem Erdwall aufgeschüttetes Grundstück im Außenbereich handelt. Sofern dennoch ein Verdacht auf Kampfmittel aufkommt, ist die Arbeit sofort einzustellen und die allgemeine Ordnungsbehörde der Kreisstadt Steinfurt sowie der staatliche Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe zu verständigen.

13. Klimaschutz

Mit den Novellen des Baugesetzbuches der letzten Jahre ist auch der Aspekt des Klimaschutzes in die Gesetzgebung aufgenommen worden. Demnach sollen die Bauleitpläne dazu beitragen, den Klimaschutz und die Klimaanpassung in der Stadtentwicklung zu fördern (vgl. § 1 (5) S.2 BauGB). Aspekte des Klimaschutzes haben viele Formen und Facetten, vorrangig wird jedoch darunter die Vermeidung des Ausstoßes klimaschädlicher Stoffe („Treibhausgase“) verstanden, sowie der Erhalt der Wälder, die die Treibhausgase aufnehmen und verarbeiten können. Eine weitere wichtige Maßnahme für den Klimaschutz ist in den so genannten Industrieländern die Reduzierung des Energieverbrauchs. Die Erzeugung und der Verbrauch von Energie sind mit die bedeutendsten Auslöser für den Ausstoß von Treibhausgasen.

Ein Aspekt des Klimaschutzes ist die Reduzierung des Energieverbrauchs aus fossilen Energieträgern. Hierzu trägt die Erstellung der Freiflächen-Photovoltaikanlage durch die Erzeugung von „grünem“ Strom bei.

Um das konkrete Klimaschutzziel „Erzeugung regenerativer Energien“ zu stärken, wird der Bebauungsplan Nr. 78 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Wilmsberg / B 54“ aufgestellt. Tenor ist natürlich auch hier eine Schonung der Umwelt und der Erhalt bzw. sogar der verbesserte „Umweltzustand“ nach Umsetzung der Planung. Grundsätzlich ist durch die Aufstellung dieses Bebauungsplanes eine Verbesserung des derzeitigen „Umweltzustandes“ zu erwarten.

14. Belange des Umwelt- und Naturschutzes

Nach § 1 (6) Nr. 7 und § 1a BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen verschiedene Belange des Umweltschutzes zu betrachten. Auf die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege wird im Umweltbericht, der als Anhang dieser Begründung beigelegt ist, intensiv eingegangen.

Auf die Beachtung der gemäß § 1a BauGB anzuwendenden Vorschriften zum Umweltschutz wird an dieser Stelle eingegangen.

14.1 Eingriffsregelungen

Gemäß § 1a Baugesetzbuch ist bei der Aufstellung von Bauleitplänen über die Belange von Natur und Landschaft dahingehend zu entscheiden, dass vermeidbare Eingriffe unterlassen und nicht vermeidbare Eingriffe durch Ausgleichmaßnahmen kompensiert werden. Mit diesem Bebauungsplanverfahren werden Eingriffe in Natur und Landschaft vorbereitet.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 78 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Wilmsberg / B 54“ wird die bisher begrünte südwestliche Lärmschutzwandseite künftig zum Teil mit Solarpaneelen überdeckt. Eine landwirtschaftliche Nutzung dieser Fläche war auch bisher schon nicht mehr möglich. Diese Maßnahme wird eine geringfügige Veränderung des Lebensraumes von Tieren und Pflanzen mit sich bringen.

Die durch diese Bauleitplanung vorbereiteten Eingriffe in Natur und Landschaft erfordern einen Ausgleich der zu erwartenden Beeinträchtigungen der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts. Dieser Ausgleich ist nach den Ermittlungen des Gutachterbüros envoco GmbH, Münster, nicht vollständig im Plangebiet durchzuführen.

Der Gutachter hat zunächst den Ist-Zustand bewertet. Gemäß der Genehmigungsaufgabe zum Lärmschutzwand ist am Wandfuß die Anlage einer dreireihigen Hecke als Kompensationsmaßnahme vorgesehen gewesen. Diese ließ sich trotz mehrfacher Nachpflanzungen aufgrund der starken Besonnung der Südhanglage nicht dauerhaft erhalten. Für die Bilanzierung des Ursprungszustandes ist die Anlage der Hecke als kompletter Bestand berücksichtigt worden. Somit ergibt sich ein Gesamtwert von 13.940 Wertpunkten nach dem Verfahren „Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW“ (LANUV 2008).

Durch die Errichtung der Freiflächen-Photovoltaikanlage entsteht eine teilweise Versiegelung bzw. auch Verschattung der Bodenfläche. Der Gutachter ermittelt hier ein Planwert von 7.800 Wertpunkten. Somit verbleibt eine Differenz von 6.140 Wertpunkten, die extern auszugleichen sind.

Hierfür bietet der Grundstückseigentümer eine Fläche entlang der Altenberger Straße, gelegen in der Gemarkung Borghorst, Flur 46, Flurstück 289 tlw., zur Anlage entsprechender Gehölzpflanzungen an. Geplant ist hier die Anpflanzung einer 4-reihigen Hecke in 4,00 m Breite und 230,00 m Länge mit einem beidseitigen Saum von jeweils mindestens 0,50 m Breite. Im Umweltbericht unter Punkt 3.3 (ab Seite 64) ist eine genaue Pflanzliste vorgegeben. Diese

Kompensationsmaßnahme, die im Umweltbericht mit „M1“ bezeichnet ist, generiert insgesamt 2.990 Wertpunkte. Hierzu ist dem Umweltbericht auch das „Formular Naturschutzmaßnahme“ des Kreises Steinfurt für die Maßnahme „M1“ beigelegt.

Da hiermit der erforderliche Ausgleich noch nicht vollumfänglich gewährleistet ist, muss eine weitere Maßnahme angelegt werden. Hierfür ist eine Fläche parallel zur B 54 gelegen, in der Gemarkung Borghorst, Flur 46, Flurstücke 266 tlw. und 267 tlw., zur Anlage eines Brachestreifens vorgesehen. Durch diese Maßnahme, die im Umweltbericht mit „M2“ bezeichnet ist, werden weitere 3.150 Wertpunkte generiert. Hierzu ist dem Umweltbericht auch das „Formular Naturschutzmaßnahme“ des Kreises Steinfurt für die Maßnahme „M2“ beigelegt.

Durch beide Maßnahmen werden die erforderlichen 6.140 Wertpunkte generiert und der Eingriff durch die Maßnahme „Freiflächen-Photovoltaikanlage“ gilt als ausgeglichen.

Diese Maßnahmen wurden durch den Gutachter bereits mit der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) des Kreises Steinfurt abgestimmt.

Der Umweltbericht vom 14.04.2022, erstellt durch das Büro enveco GmbH, Münster, ist Bestandteil der Begründung und als Anlage beigelegt.

14.2 FFH-Verträglichkeit

Das Land NRW hat den Bereich „Bagno mit Steinfurter Aa“ (DE-3810-302) als Schutzgebiet nach der Vogelschutzrichtlinie der EU (*Richtlinie 79 / 409 / EWG vom 02.04.1979 in der Fassung der Richtlinie 2009 / 147 / EG vom 30.11.2009*) und FFH-Richtlinie (*Richtlinie 92 / 43 EWG des Rates vom 21.05.1992*) gemeldet. Dieser Bereich umfasst große Teile der Waldbereiche des Bagnos, Vorsundern, Westerbrook und des Buchenberges sowie Teile der Steinfurter Aa und den Bagnosee. Das Gebiet hat eine Größe von 467 ha. Zudem wurde das FFH-Gebiet „Steinfurter Aa“ (DE-3910-301) nachgemeldet (31 ha).

Weitere Bereiche auf dem Steinfurter Stadtgebiet wurden nicht als FFH- oder Vogelschutzgebiet ausgewiesen.

Der Abstand zwischen dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 78 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Wilmsberg / B 54“ und dem gemeldeten Gebiet beträgt ca. 3.900 m. Angesichts dieses Abstandes, der zwischen dem Geltungsbereich und dem Schutzgebiet liegenden Bebauung und der beabsichtigten Planungen, wird nicht von einer Beeinträchtigung der Schutzziele und -zwecke des FFH-Gebietes durch den Bebauungsplan Nr. 78 ausgegangen.

Besonders zu schützende Teile von Natur und Landschaft nach den §§ 20 bis 23 LG NW oder FFH- bzw. Vogelschutzgebiete sind somit von der Planung nicht betroffen. Hinweise auf besondere Artvorkommen liegen ebenfalls nicht vor.

14.3 Umweltverträglichkeit

Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 78 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Wilmsberg / B 54“ erfolgt, bedingt durch die geringfügig wachsende Flächenversiegelung, ein

zusätzlicher Eingriff in Natur und Landschaft. Da es sich bei der künftigen Sonderbaufläche für aufgeständerte Freiflächen-Photovoltaikanlagen um eine nur minimal stärker versiegelte Fläche handelt, sind die Auswirkungen auf die verschiedenen Schutzgüter näher zu betrachten.

Artenschutzrechtliche Beurteilung:

Im Zuge der Bauleitplanung ist diese Prüfung gemäß § 44(5) BNatSchG für Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie oder nach der Vogelschutzrichtlinie vorzunehmen.

Das Büro enveco GmbH, Münster, hat den Planbereich aus artenschutzrechtlicher Sicht untersucht und bewertet.

Das LINFOS-Fundortkataster (*LANUV 2020b*) weist auf Vorkommen planungsrelevanter Säugetierarten erst in einer Entfernung von > 800 m zu den Eingriffsflächen hin. Auch weitere Informationen, z.B. von der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Steinfurt, nennen keine konkreten Brutvorkommen von geschützten Arten in einem Radius von 500 m um die geplante Photovoltaikanlage. Horst- oder Höhlenbäume sind im Planbereich nicht vorhanden.

Einzelne Gehölze, die für die PV-Anlage entfernt werden müssen, sind als Fledermausquartiere ungeeignet. Es liegen in der Literatur auch keine Befunde von Meideverhalten von Fledermäusen gegenüber Photovoltaikanlagen vor. Auch sind keine abschreckenden Wirkungen durch die Module auf sonstige Säugetiere bekannt.

Da der Planbereich durch die parallel verlaufende, stark befahrene B 54 (*ca. 22.000 Fahrzeuge am Tag*), stark verlärmte ist, ist dort nicht mit Brutvorkommen von planungsrechtlich geschützten Vogelarten zu rechnen. Lediglich lärmunempfindlichere Allerweltsarten, wie Rotkehlchen, Zaunkönig und Kohlmeisen wurden bei der Nahrungssuche beobachtet. Sofern die PV-Module mit Abständen untereinander montiert werden, ist sogar mit einer steigenden Anzahl an Individuen zu rechnen, da die PV-Module auch einen gewissen Schutzraum darstellen.

Amphibien und Reptilien sind auf Grund der vorhandenen Strukturen nicht betroffen.

Der Gutachter kommt abschließend zu dem Ergebnis, dass keine seltenen oder bedrohten Pflanzen oder Tierarten durch die vorliegende Planung negativ betroffen sein werden.

Durch einen Hinweis im Planentwurf wird deutlich gemacht, dass zum Schutz von Vögeln und Fledermäusen nach § 44 (1) Bundesnaturschutzgesetz (*BNatSchG*) Gehölzfällungen nur im Zeitraum vom 01.10. bis zum 28.02. eines Jahres zulässig sind.

Die Artenschutzrechtliche Prüfung Stufe I vom Februar 2022, erstellt durch das Büro enveco GmbH, Münster, wird Bestandteil des Bebauungsplanes und der Begründung und ist als Anlage beigelegt.

15. Denkmalschutz

Im Geltungsbereich der des Bebauungsplanes Nr. 78 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Wilmsberg / B 54“ und in der näheren und weiteren Umgebung des Geltungsbereiches sind keine Bau- und Bodendenkmäler vorhanden bzw. bekannt.

In die Denkmalliste der Kreisstadt Steinfurt eingetragene Denkmäler im Umfeld des Planbereiches sind die laufenden Nummern 168 und 178 der Denkmalliste. Bei der Nummer 168 handelt es sich um einen Bildstock auf der Hofstelle Wilmsberg 55 in einem Abstand von ca. 250 m und bei der Nummer 178 handelt es sich um ein Speichergebäude auf der Hofstelle Wilmsberg 52 in einem Abstand von ca. 50 m zum Geltungsbereich des künftigen Bebauungsplanes.

Dennoch wird festgestellt, dass durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 78 keine Beeinträchtigung von Baudenkmalern auch in Bezug auf Blickbeziehungen und Fernwirkungen zu erkennen ist.

Belange des Denkmalschutzes werden somit nicht berührt.

16. Bodenordnung

Bodenordnende Maßnahmen sind nicht erforderlich.

17. Verfahren

Der Bebauungsplan Nr. 78 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Wilmsberg / B 54“ wird im Regelverfahren mit zweistufiger Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung durchgeführt.

Zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für das unter Punkt 1 beschriebene Vorhaben hat der Rat der Kreisstadt Steinfurt in seiner Sitzung am 27.08.2020 beschlossen, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 78 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Wilmsberg / B 54“ gem. § 2 (1) BauGB durchzuführen. Gleichzeitig wurde der Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) und der Behörden gem. § 4 (1) BauGB gefasst.

Über die vorgetragenen Anregungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB hat der Rat der Kreisstadt Steinfurt in seiner Sitzung am 10.03.2022 abgewogen und beschlossen. Private Stellungnahmen gem. § 3 (1) BauGB gingen nicht ein. In dieser Sitzung wurde auch die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB beschlossen.

Datum / Unterschrift

Aufgestellt:

Steinfurt, 03. Juni 2022

Az.: FD61 / 61-26-09 / 78-BO / Wer

Kreisstadt Steinfurt

Die Bürgermeisterin

Im Auftrag

gez. Werning

- Sachbearbeiter Stadtplanung, Stadtteil Borghorst –

Anlagen:

1. Umweltbericht, erstellt durch das Büro enveco GmbH, Münster, vom 14.04.2022.
2. Artenschutzvorprüfung der Stufe I, erstellt durch das Büro enveco GmbH, Münster, vom Februar 2022.